

II - 9793 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4878 1/1

1990 -01- 2 4

**A N F R A G E**

der Abgeordneten WABL und Freunde

an den Bundeskanzler

betreffend Temelin und die skandalöse Zurückhaltung von brisanten Informationen über dieses Kernkraftwerk durch die Bundesregierung

**A.**

Rechtzeitig zum 3. Jahrestag des Reaktorunfalles in Tschernobyl in der UdSSR überreichten Ende April 1989 österreichische Atomgegnerorganisationen der Bundesregierung ein Memorandum, in welchem insbesondere zur Frage der tschechoslowakischen Kernenergieproduktion und -planung ausführlich Stellung genommen wurde. Die Atomgegnerorganisationen verlangten in diesem Memorandum, die österreichische Bundesregierung solle "vehement und klar den Baustopp für den Atomkomplex Temelin fordern und alle denkbaren völker- und zivilrechtlichen Schritte dagegen einzuleiten", weiters die "internationalen Atomgeschäfte österreichischer verstaatlichter Firmen, v.a. jene der VÖEST mit tschechoslowakischen (wie bundesdeutschen) Atombetreibern zu unterbinden" und "endlich auch atomkritische Wissenschaftler bzw. Techniker in die Fachleutegremien zu berufen, die mit tschechoslowakischen Atomanlagen konfrontiert sind".

In seiner Antwort an die "Überparteiliche Plattform gegen Atomgefahren" verwies der Bundeskanzler insbesondere auf das alte sowie das neue mit der CSSR bestehende Informationsabkommen sowie auf ein dem tschechoslowakischen Außenminister am 24. 10. 1989 überreichtes Memorandum, in dem Österreich der friedlichen Nutzung der Kernkraft eine deutliche Absage erteilt und seine Bemühungen dargelegt habe, auch andere Staaten zu einem Verzicht auf Projekte der Nuklearwirtschaft zu bewegen.

**B.**

Die Grüne Alternative sowie Greenpeace unterhalten seit langem intensive Kontakte zu Bürgerrechts- und Umweltschutzgruppen der CSSR, insbesondere um im Kampf gegen das gesamte cs. Atomprogramm Verbündete zu finden. Diese Kontakte führten dazu, daß die Grünen frühzeitig zu atomkritischen Dokumenten von CSSR-Wissenschaftlern Zugang hatten und darüber die Öffentlichkeit informieren konnten, so etwa über eine Studie des Instituts für Prognose der cs. Akademie der Wissenschaften vom August 1988, die unter der verantwortlichen Leitung des nunmehrigen stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Valtr KOMAREK entstand.

Auf Grund dieser mehrjährig bestehenden Kontakte sind es auch Vertreter der Grünen sowie von Greenpeace, die bei Podiumsdiskussionen etwa in Budweis (30.11.) und Tyn bei Temelin (11.11.) die Interessen der österreichischen Bevölkerung vertreten.

Dabei mußten die engagierten Atomgegner in den letzten Monaten eine Entdeckung machen, die politisch unerträglich ist:

Greenpeace Österreich deckte auf, daß einen knappen Monat nach Überreichung des Memorandums österreichischer Atomgegnerorganisationen - nämlich im Mai 1989 - der österreichischen Botschaft in Prag eine höchst brisante Studie zugespielt worden war, in der ein cs. Wissenschaftler, Ing. Emil MALEK, zum Schluß kommt, der Standort Temelin sei der denkbar ungeeignetste Standort für ein Atomkraftwerk in der CSSR. Wie "Der Standard" vom 22.1.1990 berichtet, wird in der MALEK-Studie auch darauf hingewiesen, daß die radioaktive Verseuchung des südböhmischen Tieflands der Uranerzaufbereitungsanlage MAPE bei Mydlovary in Südböhmen zuzuschreiben sei.

Die österreichischen Stellen, denen diese Studie zugänglich gemacht wurde, haben daraus keine Konsequenzen gezogen und sind untätig geblieben. Der zuständige Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt, Dr. Fritz-Werner Schmidt, hat die Studie nicht einmal übersetzen lassen, obwohl die in deutscher Sprache beigelegte Zusammenfassung deutliche Hinweise auf die Brisanz der Studie enthielt.

### C.

Bei ihrer Aufklärungsarbeit in der CSSR hatten die österreichischen Atomgegner mit einem großen Handikap zu kämpfen: Die Beteiligung österreichischer Firmen am cs. Atomprogramm wurde von tschechoslowakischer Seite immer wieder als Argument dafür verwendet, daß es Österreich mit seiner erklärten Gegnerschaft zur zivilen Nutzung der Kernenergie nicht wirklich ernst meine. Dabei wird - und das ist verständlich - kein Unterschied gemacht, ob österreichische Firmen sich nun als Zulieferer von Reaktorbauteilen oder Sicherheitskomponenten bzw. Serviceleistungen anbieten.

Zuletzt wurde diese Argumentation den österreichischen Atomgegnern bei der Podiumsdiskussion über Temelin, die am 30.11.1989 in Budweis stattfand, entgegengehalten. Bekanntlich bewirbt sich die VÖEST um einen Auftrag in der Höhe von 50 Millionen Schilling im Bereich Sicherheitskomponente und Serviceleistungen für das Kernkraftwerk Temelin.

### D.

Schließlich wurde im Zuge der Gespräche, die Greenpeace in Zusammenhang mit der Publikation der MALEK-Studie in Prag führte, auch noch bekannt, daß die österreichischen Vertreter in der tschechoslowakisch-österreichischen Informationskommission unkritisch und lahm agiert haben. Vaclav URBANEK, Direktor der Abteilung für Kernkraftwerke im Energieministerium und cs. Vertreter in dieser Kommission, stellte fest, daß die österreichischen Vertreter nicht verlangt hätten, alle Themenbereiche und Problemkreise, insbesondere auch kritische, zu erörtern, obwohl dies möglich gewesen wäre.

### Resumé:

Die österreichische Bundesregierung legt bei der Verfolgung der Interessen der Bevölkerung in der Frage der Gefahren durch ausländische Kernkraftwerke eine unerträgliche Leichtfertigkeit an den Tag. Sie erweckt den Eindruck, als würden die immer wieder vorgetragenen Bekenntnisse lediglich notgedrungene Zugeständnisse an das Ergebnis der Volksabstimmung vom 5.11.1978 bedeuten, die den Zweck haben, das Wahlvolk bei Laune zu halten, die aber keinem inneren Engagement entsprechen.

Die Fragesteller sind der Auffassung, daß diese Situation geändert werden muß, sei es durch eine Änderung der Haltung der derzeitigen Amtsträger, sei es durch einen Austausch derselben.

Bezüglich des kurz vor der friedlichen Revolution in der CSSR letzten Herbst anlässlich des Staatsbesuches von Ministerpräsident ADAMEC unterzeichneten Informationsabkommens möchten die unterzeichneten Abgeordneten auf Folgendes hinweisen: Dieses Abkommen wurde mit einer Regierung verhandelt und abgeschlossen, die heute keine Legitimation mehr hat. Die heutige Regierung ist in diesen Fragen wesentlich aufgeschlossener, die Gesprächsbereitschaft über die Frage eines Ausstiegs der CSSR aus der Kernenergienutzung ist gegeben. Diese Chance gilt es zu nutzen.

Allerdings ist noch einmal zu bemerken, daß weder die neue Offenheit noch das alte und auch nicht das neue Informationsabkommen noch ein zukünftiges ~~allenfalls~~ Abkommen von irgendeinem Wert sein können, wenn vorhandene Informationen so genützt werden wie die MALEK-Studie.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

### Anfrage:

1. Wie kommt es, daß die Aufgabe der Vertretung der Interessen der österreichischen Bevölkerung gegen die Gefahren des cs. Atomprogrammes fast ausschließlich Umweltschutzorganisationen zufällt und die österreichische Bundesregierung zur Aufklärungsarbeit in der CSSR keinen Beitrag leistet?
2. a) Welche Dokumente sind den zuständigen Stellen der Bundesregierung bekannt bzw. zugänglich, in denen wissenschaftliche Aussagen zu Projekten des cs. Atomprogrammes bzw. zum gesamten Programm getroffen werden ?  
  
(Die Fragesteller ersuchen um eine vollständige Liste der Dokumente unter Anführung des Projektes, auf das sich das jeweilige Dokument bezieht).  
  
b) Welche dieser Dokumente stammen aus der CSSR?  
c) Welche stammen aus Österreich?  
d) Welche aus anderen Ländern?
3. a) Welche Aussagen werden in der deutschen Zusammenfassung der MALEK-Studie getroffen?  
  
b) Was war der Grund dafür, daß diese Studie nicht sofort übersetzt und zum Anlaß für diplomatische Initiativen genommen wurde?  
c) Wie ging der Aktenlauf dieser Studie von der Übergabe bis zu Ablage vor sich?  
d) Entspricht die Haltung, die der zuständige Beamte des Bundeskanzleramtes bei der Behandlung dieser Studie an den Tag gelegt hat, Ihrer Auffassung von der Bedeutung dieser Studie sowie der Frage der Sicherheit der österreichischen Bevölkerung vor den Gefahren ausländischer Kernkraftwerke?  
e) Welche Konsequenzen werden Sie aus dem Verhalten dieses Beamten ziehen?
4. Wie lautet der Text des Memorandums, das Österreich am 24.10.1989 dem tschechoslowakischen Außenminister überreichte (s.o.)?
5. Welche sonstigen Maßnahmen hat die österreichische Bundesregierung in der Vergangenheit gesetzt, um die cs. Regierung von der Notwendigkeit einer Abkehr vom Atomprogramm zu überzeugen?
6. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung diesbezüglich in Zukunft?
7. Werden Sie mit der neuen tschechoslowakischen Regierung Verhandlungen über ein Abkommen betreffend den Ausstieg der CSSR aus der Kernenergienutzung und die österreichisch-tschechoslowakische Kooperation in Fragen der effizienten Energienutzung aufnehmen?